

AKTUELLE POST

aus dem Kreistag (12)



13. März 2013

Liebe Genossinnen und Genossen!
Liebe Freundinnen und Freunde!

Geschlagene 40 Minuten wurde im Kreistag darüber diskutiert, ob die Wahl des Landrats besser am 19. Januar oder am 16. März 2014 stattfinden sollte. Viele äußerst wichtige Redner gaben äußerst wichtige Argumente zum Besten: Der Wahlkampf könne nicht in der Weihnachtszeit stattfinden und natürlich auch nicht während der Karnevalszeit. Logisch. Man könne ja nicht die geringe Wahlbeteiligung beklagen und andererseits keine Rücksicht auf diese besinnlichen Feste nehmen. Früher gehe es nicht, wegen des Volkstrauertags und des Advents und später nicht wegen der gesetzlichen Bestimmungen. Und außerdem sei die Demokratie in Gefahr. Und der jeweilige politische Widersacher versuche die gegnerische Seite mit einem unakzeptablen Wahltermin zu schädigen.

Wir haben uns enthalten.

...weil die Fastnachtszeit vom 11. 11. bis zum Aschermittwoch dauert.

Oh Gott, wirf Hirn vom Himmel!

Weil normale Menschen andere Probleme haben, möchten wir lieber von unseren Anträgen berichten.

Den Austritt aus der Schutzgemeinschaft Vogelsberg zurück nehmen.

Im Rahmen der Haushaltsdebatte 2012/2013 beschloss der Kreistag zahlreiche Kürzungen und Einsparmaßnahmen. Dazu gehörte, die Mitgliedschaften in diversen Vereinigungen zu kündigen und die Mitgliedsbeiträge zu sparen. Dazu wurde ein Sammelbeschluss gefasst.

Darunter fiel auch die Schutzgemeinschaft Vogelsberg, der für die maßgebliche Einsparsumme von 130 Euro jährlich gekündigt wurde.

DIE LINKE forderte den Kreistag auf, diesen Austritt rückgängig zu machen. Der Kreisausschuss soll Gespräche mit der Schutzgemeinschaft aufnehmen und gemeinsame Projekte und Arbeitsfelder entwickeln.

Warum?

Ein wichtiges gemeinsames Projekt sollte die Sicherung des Wasserreservoirs Vogelsberg/Wetterau sein. Dies wird in Zukunft eine immer wichtigere Rolle spielen.

Die Versorgung des Ballungsraums Rhein-Main und den Naturschutz auszubalancieren, wird große Anstrengungen erfordern. Vernetzungen und gemeinsame Strategien sind hier von Vorteil und dürfen nicht für kurzfristige und unwesentliche Einsparungen aufgegeben werden.

Für den Natur- und Klimaschutz gilt Obiges ebenso.

Auch der derzeit von der EU voran getriebenen Privatisierung des Trinkwassers könnte etwas entgegengesetzt werden.

Es ist immer besser, wenn Interessen gemeinsam vertreten werden.

Dieser Antrag wurde nicht zur Beschlussfassung zugelassen.

Die SPD begründete nun heute, warum unser Antrag nicht behandelt werden kann: Der Kreistag hätte keinen *speziellen* Beschluss gefasst aus der Schutzgemeinschaft auszutreten. Also könne man diesen Beschluss nicht rückgängig machen.

Was soll man dazu sagen? Von einer Partei, deren Mitglieder im Bundestag für die Möglichkeit der Trinkwasserprivatisierung gestimmt haben, ist wahrscheinlich nicht mehr zu erwarten. (<http://www.linksfraktion.de/namentliche-abstimmungen/>).

Also müssen wir wohl den Eintritt in die Schutzgemeinschaft Vogelsberg neu beantragen statt der Rücknahme des Austritts.

Nassauische Heimstätten

Seit 20. Juni 2012 schlummert unser Antrag „Nassauische Heimstätten“ im Haupt-, Finanz-, Personal- und Gleichstellungsausschuss.

Wir hatten ja schon mehrmals darüber berichtet. Hier nochmal zur Erinnerung:

Teil 2 des Antrags ist immer noch akut. Er lautet:

„Der Kreistag der Wetterau fordert die Hessische Landesregierung auf, eine aktive Rolle auf dem hessischen Wohnungsmarkt auszuüben und das Unternehmen

„Nassauische Heimstätte – Wohnstadt“ als Instrument einer sozialen Wohnungspolitik zu stärken und auszubauen.“

Der Antrag wurde im Ausschuss für „Regionalentwicklung, Umwelt und Energie“ beraten und die Koalition brachte nun einen eigenen geänderten Antrag ein. Der lautet: *„Der Kreisausschuss des Wetteraukreises wird beauftragt, dem Ausschuss für Regionalentwicklung, Umwelt und Energie, konkret über die Maßnahmen und Initiativen der Städte und Gemeinden im Wetteraukreis und aus dem Bereich der ansässigen Wohnungsbaugenossenschaften zum sozialen Wohnungsbau, Stellung zu geben“*.

Nur leider wurde kein Zeitraum beschlossen, in dem dies geschehen soll. Und so erweist sich die Verweisung in den Ausschuss als Verzögerungstaktik.

Mietobergrenzen anheben

Der Antrag zu den Mietobergrenzen wurde am 6. Februar in den Ausschuss für „Jugend, Soziales und Gesundheit“ verwiesen.

Hier sollte er bis zum Herbst liegen bleiben.

Laut Sozialdezernent Betschel-Pflügel soll das „Schlüssige Konzept“ der Mietobergrenzen noch vor den Wahlen im Herbst 2013 überarbeitet werden. Deshalb sei unser Antrag nutzlos. Vor dem Herbst sei es den Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung kräftemäßig nicht möglich, das Konzept zu überarbeiten. Eine jährliche Überarbeitung sei ebenfalls unmöglich.

Das scheint die neue Taktik zu sein:

Sie verweisen unsere Anträge in einen Ausschuss und dort bleiben sie dann liegen. Weitere Debatten darum sind nicht möglich, denn man kümmert sich ja ... im Ausschuss.

Um ein Begräbnis zu vermeiden, verlangten wir die Abstimmung des Antrags.

Es wurde gegen unsere Stimmen die folgende Passage abgelehnt:

„Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss des Wetteraukreises das „Schlüssige Konzept“ zur Begründung von Mietobergrenzen jährlich zu überarbeiten und an die Preisentwicklung am Wohnungsmarkt anzupassen.

Für die Datenbasis der Mietobergrenzen sollen Preise von verfügbaren Wohnungen – also zu einem Großteil Mietangebote aus Zeitungen und dem Internet - herangezogen werden.“

Einige ausführlichere Argumentation zum Thema findet ihr auf unserer homepage www.die-linke-wetterau.de (Kreistag) oder in der „Post aus dem Kreistag Nr.11“.

Bericht des Jobcenters

Zum ersten Mal berichtete der Leiter des Jobcenters, Herr Wiedemann, vor dem Ausschuss „Jugend, Soziales und Gesundheit“. Leider konnten keine Fragen gestellt werden, da der Vortrag eine lange Zeit in Anspruch nahm.

Herr Wiedemann berichtete, dass die Umstrukturierung des Jobcenters sehr belastend gewesen sei. Es hätten ja auch die „kleinen“ nunmehr geschlossenen Außenstellen ins Stammhaus Friedberg eingegliedert werden müssen. Die Arbeitsbereiche seien neu aufgeteilt worden. Neue Mitarbeiter/innen müssten eingearbeitet werden. Insgesamt seien die Aufgaben komplexer geworden und auch das erschwere die Arbeit.

Wiedemann beteuerte, der Löwenanteil sei nun geschafft. Die Bearbeitungszeit betrage inzwischen 6 Arbeitstage. Die Beurteilung des Jobcenters Friedberg durch die „Kunden“ betrage Note 2,5.

Die Mittel zur beruflichen Eingliederung seien zwar jedes Jahr zurückgefahren worden – derzeit 5,3 Millionen Euro / 4,8 für nächstes Jahr geplant – doch könnte damit viel geleistet werden. Insbesondere für die Eingliederung von Jugendlichen stehe noch Geld zur Verfügung.

Herr Wiedemann ist demnächst noch einmal in den Ausschuss eingeladen. Dann können ihm Fragen gestellt und es kann darüber diskutiert werden.



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden.

Viele Grüße von
Rudi und Gabi